

Integration und sozialer Zusammenhalt in der Bürgergesellschaft

Lale Akgün

Bürgergesellschaftliches Engagement: beeindruckt beide Seiten!

Bürgergesellschaftliches Engagement ist Dreh- und Angelpunkt eines funktionierenden und lebenswerten sozialen Miteinanders in der Demokratie. Diese gesellschaftliche Erkenntnis ist zunächst unumstritten. Leider ist dagegen in vielen Köpfen noch weit weniger selbstverständlich, dass zu diesem sozialen Miteinander auch die 15 Millionen Zugewanderten und Menschen mit Migrationshintergrund gehören, die in Deutschland leben und arbeiten. Denn so wichtig Bürgergesellschaftliches Engagement auch für die Mehrheitsgesellschaft der autochthonen Deutschen sein mag, umso entscheidender ist es für die heterogene Gruppe der Zugewanderten. **Bürgergesellschaftliches Engagement ist dabei ein Weg hinein in die deutsche Gesellschaft.** Es ist so etwas wie der Schlüssel zur Tür der Gesellschaft und kann dabei helfen, aus einer Position der gesellschaftlichen Marginalisierung und Randlage mitten unter die Menschen zu kommen. **Bürgergesellschaftliches Engagement ist damit für Migranten ein Weg in die Mitte der Gesellschaft.**

Dabei können sich Migrantinnen und Migranten über den Weg der politischen und sozialen Teilhabe integrieren, ohne ihre eigene Identität zu verlieren. Im Gegenteil: indem sie Verantwortung in Vereinen, Organisationen, Kir-

chen, Moscheevereinen und Initiativen übernehmen, indem sie selbst die Initiative ergreifen und sich freiwillig engagieren, steuern sie ihre Integration und gleichsam ihr Ankommen in Deutschland aktiv mit. Sie sind nicht mehr Objekt, über das geredet und entschieden wird, sondern sie partizipieren, gestalten und verändern selbstbewusst ihr Umfeld, das ihnen Heimat ist oder werden soll. Bürgergesellschaftliches Engagement hilft Zuwanderern, zu Bürgern im besten republikanischen Sinne zu werden. Damit können Zugewanderte und Menschen mit Migrationshintergrund unabhängig davon, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen oder nicht, zu Bürgern im Sinne von Citoyens werden, die aktiv und selbstverantwortlich auf das politische Leben Einfluss nehmen.¹

Andererseits wirkt das bürgergesellschaftliche Engagement auch Vorurteilen und liebgewonnenen Klischees der Mehrheitsgesellschaft entgegen. Bürgergesellschaftliches Engagement beeindruckt beide Seiten: die Zuwanderer und die Alteingesessenen.

1 Vgl. dazu Dietrich Thränhardt/Uwe Hunger: Vom Partizipationspostulat zum Civil Society Konzept, in: Migration und soziale Arbeit/Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, 2/2000, S. 32-28.

Der demokratische Staat lebt vom Aktivbürger

Bürgergesellschaft ist in Deutschland mehr als ein modisches Schlagwort. Sie wird gelebt, ja sie ist hierzulande sogar besonders facettenreich und ausdifferenziert. Die Bürgergesellschaft können wir mit Ralf Dahrendorf als Gesellschaft definieren, „in der eine Vielfalt autonomer Institutionen und Organisationen aufrechterhalten wird durch den Bürgersinn ihrer mit Rechten ausgestatteten Mitglieder, die Bürger im weitesten und tiefsten Sinne sind.“² Konkreter gesprochen meint Bürgergesellschaft damit jenen gesellschaftlichen Bereich des organisierten Engagements, der weder dem Staat, der Familie, noch dem Markt zuzurechnen ist. In ihm tummeln sich Vereine, Verbände, Selbsthilfegruppen und Initiativen jeglicher Couleur. Dieser Bereich ist jedoch nicht alles: Vielmehr ist er eine Art sichtbares Fenster, hinter dem sich die vielen Menschen verbergen, die sich freiwillig und unentgeltlich für eine Sache engagieren, sich mit anderen solidarisieren, ihre Ressourcen einsetzen und „die Geschicke des Gemeinwesens wesentlich prägen können“, wie die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages in ihrem Leitbild der Bürgergesellschaft beschreibt. Bürgerschaftliches Engagement stärkt den Zusammenhalt einer Gesellschaft, in einem Bild könnte man es auch als Schmiermittel umschreiben, das unser gesellschaftliches Getriebe geschmeidig hält und die vielen kleinen Rädchen reibungsloser ineinander greifen lässt.

Am bekanntesten an der Bürgergesellschaft ist das altehrwürdige Ehrenamt, das auch heute noch im Zentrum Bürgerschaftlichen Engagements steht. **Allerdings kommt das klassische Ehrenamt auch ohne demokratische Strukturen**

aus, so dass das Leitbild Bürgergesellschaft, welches im Mittelpunkt einer Einwanderungsgesellschaft stehen muss, mehr als das reine Ehrenamt ist: Eine erfolgreiche demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung, wie jene der Bundesrepublik Deutschland, die sich als pluraler und weltoffener Staat begreift, benötigt den mündigen Bürger, den oben erwähnten Citoyen.

Ohne einen solchen sich als Teil einer Gesellschaft begreifenden Bürger ist der Staat nichts als eine Anmaßung. Der demokratische Staat bezieht aus dem Aktivbürger einen Großteil seiner Legitimität. Im Mittelpunkt des Staates sollte der „Aktivbürger“ stehen: Er ist bereit, Verantwortung zu übernehmen – und zwar nicht (nur) aus bloßem Altruismus oder Idealismus, sondern auch aus eigenverantwortlichen Motiven. Denn der Aktivbürger tut nicht nur etwas für die Allgemeinheit, sondern auch in hohem Maße für sich selbst, weil sein Wohlergehen als Individuum eng mit dem Wohl der Allgemeinheit zusammenhängt. Die republikanische Perspektive europäischer Sozialstaatsprägung stellt die Gemeinschaft in den Mittelpunkt und artikuliert vom Kern ausgehend die Funktionen und Rollen der Menschen: Allerdings ist das Gemeinwohl ohne die Freiheit des Individuums schlichtweg nicht denkbar. Politischen Institutionen kommt bei der Sicherung dieser Freiheit eine durchaus wichtige Bedeutung zu. Ohne den Aktivbürger mit politischer Tugend sind diese allerdings kaum handlungsfähig. Politische Tugend bezeichnet dabei eine gemeinsinnorientierte und eingeübte (habituelle) ethische Grundeinstellung, die unabhängig von der sozialen Herkunft funktioniert. Diese Tugend bestimmt die Effektivität der Institutionen, die ansonsten keinen Bestand hätten. Für die Integration von Zuwanderern ist der Bürgergedanke also zentrales

2 Ralf Dahrendorf: Die Zukunft der Bürgergesellschaft, in: Frankfurter Rundschau, 24.1.1992, zitiert nach Thränhardt, a.a.O.

Muss: Migrantinnen und Migranten sollen in unserer Gesellschaft die Chance haben, möglichst bald nach ihrem Zuzug real an Möglichkeiten und Perspektiven teilzuhaben. Nach einer weiteren Spanne sollen sie zudem formal Deutsche werden können, wenn sie es möchten, und als solche auch anerkannt werden. In diesem Sinne ist die Idee eines Aktivbürgers der Grundextrakt einer bürgerschaftlichen politischen Kultur eines Landes, man könnte auch von einem „bürgerschaftlichen Common Sense“ sprechen.

Der etwas altbacken klingende aristotelische Tugendbegriff bekommt vor diesem Hintergrund eine hochaktuelle Bedeutung: In der Praxis einer gelebten Bürgergesellschaft werden die bloßen Einwohner zu Bürgern oder, um es mit den Worten Peter Weber-Schäfers zu sagen, zum „vielköpfigen Herrscher“. Zugleich wird auch deutlich, dass Bürgerschaftliches Engagement, das Engagement des Bürgers, freiwillig sein muss und niemals erzwungen werden darf, denn in diesem Falle wäre der legitimierende Grundsatz von der Freiheit des Einzelnen eklatant verletzt und würde sich selbst ab absurdum führen. Auch darf kein moralischer Druck ausgeübt werden, wonach der Bürger eine Art Bringeschuld habe. **Nein, die Erziehung in der Familie, die Lehrpläne, veröffentlichte Meinung und andere Inhalte – kurzum die politische Kultur – müssen so gestaltet sein, dass Bürgerschaftliches Engagement möglich und gern gesehen wird. Es muss sich lohnen und (immateriell) bezahlt machen, sich für eine gute Sache stark in die Bresche zu werfen. Die Rahmenbedingungen haben die staatlichen Institutionen derart zu gestalten, dass dem Bürger bei der Ausübung seines Engagements nicht anderweitig Nachteile entstehen, die ihn davon abhalten könnten.**

Nun zeigt die politische Praxis, dass Engagement immer dann schwindet, wenn es nicht ge-

nutzt wird, oder wenn die Bürger das Gefühl haben, ihr Tun sei sinnlos und bewirke nichts. Als dringende Voraussetzung für eine lebendige Bürgergesellschaft steht daher das subjektive Empfinden des Einzelnen im Mittelpunkt, dazuzugehören, Teil der Gesellschaft zu sein. Bürger, die sich am Rande der Gesellschaft wähnen, gleichsam nur geduldet, haben kein positives Interesse an dieser Gesellschaft. Sie fühlen sich nicht verantwortlich für etwas, das ihnen nicht zu gehören scheint. Man kann annehmen, dass sie sich eher wie kurzzeitige Mieter in einem Mietshaus benehmen, die nur die notdürftigsten Reparaturen aus eigener Tasche zahlen, aber nicht wie Langzeitmieter oder Hausbesitzer, denen etwas am Wert und an der Attraktivität ihres Hauses liegt. Unabhängig von der Herkunft müssen sich Migrantinnen und Migranten im Haus Deutschland also wohl und dazugehörig fühlen können. Wenn das gelingt, ist der Weg hin zu einem funktionierenden System Bürgerschaftlichen Engagements nicht mehr weit: Der Bürger muss sich in einer vom Wohlergehen seiner Mitmenschen abhängigen Position sehen. Sind diese Grundbedingungen erfüllt, kann sich Bürgerschaftliches Engagement entfalten.

Wichtig in diesem Zusammenhang sind die realen Chancen auf Partizipation, die Möglichkeiten des Bürgers, woher er auch immer kommen mag, die gleichen Rechte und Pflichten wie sein Nachbar zu erhalten. Das Grundprinzip, welches die Partizipation ermöglicht, ist Subsidiarität. Hinter diesem Stichwort verbirgt sich die Entscheidung, Probleme und Fragen einer Gesellschaft auf der Ebene anzugehen, auf der sie entstehen. Eine Delegation auf eine der höheren Ebenen ist demnach nur geboten, wenn die Probleme anderweitig einer Lösung harren. Der Staat sollte möglichst viele seiner gemeinwohlfördernden Kompetenzen auf die unterste Ebene übertragen, die dieser Aufgaben am effektivsten

gerecht werden. Auf diese Weise können die Bürgerinnen und Bürger an ihrem direkten und weiter gefassten Wohnumfeld mitarbeiten, und sie sehen die Früchte ihrer Arbeit, auf dass ihr

Engagement gefestigt wird. Bürgerschaftliches Engagement findet auf lokaler Ebene statt und befindet sich damit auf gleicher Ebene wie die Integration zugewanderter Menschen.

Integration im Einwanderungsland Deutschland

Damit rückt Integration in den Blick: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Daran wird heute kaum noch gezweifelt, denn die Zahlen sprechen ihre eigene Sprache. Hierzulande leben über sieben Millionen Ausländer, das sind knapp neun Prozent der Gesamtbevölkerung. Ganze 15 Prozent der deutschen Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund, das bedeutet sie haben Wurzeln im Ausland. Diese Menschen sind rechtlich Deutsche oder auch nicht, sie können eine oder zwei Staatsbürgerschaften haben. Man mag noch so viel über „die Ausländer“ sprechen, es gibt hier kein einheitliches Bild, schon gar nicht in den westdeutschen Großstädten, in denen gut 40 Prozent aller Schülerinnen und Schüler mittlerweile einen Migrationshintergrund haben. Oft wird die heterogene Gruppe der Migranten auf die Menschen türkischer Herkunft reduziert, dabei leben in Deutschland ebenfalls große Minderheiten aus Italien, Serbien, Griechenland, Polen, Kroatien, Russland, Österreich und Bosnien-Herzegowina. Die Türkischstämmigen sind jedoch mit gut 2,5 Millionen in der Mehrzahl.

Diese vielen Menschen in unserem Land – so verschieden sie auch sein mögen – verbindet nach meiner Erfahrung der Wunsch nach Partizipation, nach gleichberechtigter Teilhabe an Bildung, Arbeit, Kultur und Politik. Der Staat hat die Aufgabe, diese Chancengerechtigkeit zu gewährleisten. Aber auch, wenn der Staat die Voraussetzungen für Chancengleichheit in allen diesen Bereichen garantieren muss – Realität werden sie erst in und durch die gelebte

Bürgergesellschaft. Seine Erfolge aber hängen 1:1 mit dem Bürgerschaftlichen Engagement seiner Aktivbürger zusammen. Ohne sie ist alles staatliche Handeln nichts. Denn Bund und Länder können nur die Rahmenbedingungen schaffen, die tatsächliche Integration jedoch geschieht vor Ort, in den Kommunen.³ Die Ergebnisse von Integrationsarbeit lassen sich an den harten Indikatoren messen: an der Zahl der Schulabschlüsse, der Arbeitslosenquote, Wohnsituation, Einkommensverteilung. Zentral sind die Bildungschancen als Grundstein und Startpunkt für ein erfolgreiches Leben. Partizipation bedeutet hierbei nichts anderes als die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs, indem nicht die soziale Herkunft über den Bildungsgrad entscheidet, sondern ausschließlich Talent und Fleiß. **Bürgergesellschaftliches Engagement stellt dabei für Migranten eine Möglichkeit dar, sowohl das für den gesellschaftlichen Aufstieg benötigte soziale als auch das kulturelle Kapital (Bourdieu) das ich gerne als kulturelles Kleingeld bezeichne, zu erwerben.**

Das beinhaltet ein Plädoyer für eine umfassende **Bildungsreform**, die in langfristiger Perspektive das mehrgliedrige Schulsystem in ein integratives System überführt. **Längere gemeinsame Lernzeiten bei höchstmöglicher individueller Förderung – im Übrigen auch ein extrem wichtiges Spielfeld künftigen Bürgerschaftlichen**

3 Vergleich dazu: Bertelsmann Stiftung, Bundesministerium des Innern (Hg.): Erfolgreiche Integration ist kein Zufall: Strategien kommunaler Integrationspolitik, Verlag Bertelsmann Stiftung 2005.

Engagements. Partizipation ist also keine Nebensächlichkei, sondern der Schlüssel zum Eingang in die Gesellschaft.

Im Kern sind Integrationsprobleme dieser Auffassung nach Bildungsprobleme: Die erste Generation der Zuwanderer in den Sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts stammte überwiegend aus bildungsfernen Schichten. Als geringqualifizierte Arbeiter trugen sie den industriellen Boom Nachkriegsdeutschlands maßgeblich mit – nicht nur im Ruhrgebiet, sondern in allen industriellen Zentren Deutschlands. Die Tatsache, dass in meiner Heimatstadt Köln sehr viele Türkischstämmige leben, hat mit den Arbeitsplätzen zu tun, die das ansässige Ford-Werk bot und bietet. Unser Problem heute ist, dass sich die Bildungssituation in den beiden nachfolgenden Generation nicht gebessert hat, sondern in manchen Fällen sogar verschlechtert. Die Enkelinnen und Enkel der ersten Zuwanderergeneration sind meist hier geboren und sehen Deutschland als ihre Heimat an. Im Gegensatz zu ihren Großeltern finden jedoch viele von ihnen keinen Ausbildungsplatz mehr oder keinen Arbeitsplatz, weil sich der Arbeitsmarkt stark geändert hat. Die Akademiker unter ihnen haben weniger Probleme, Industriearbeiter jedoch haben es heute schwerer, weil Arbeitsplätze gemeinsam mit der klassischen Industriegesellschaft über die Jahre verschwunden sind. Wir haben mit einem Problem zu tun, das uns noch Generationen begleiten wird, wenn wir nichts unternehmen: Schon heute verlassen rund 18 Prozent der Migrantinnen und Migranten die Schule ohne Abschluss, bei den einheimischen Deutschen sind es dagegen sieben Prozent. Ganze 40 Prozent der Migranteng Jugendlichen machen einen Hauptschulabschluss, bei den autochthonen Deutschen sind es 16 Prozent. Dass der Hauptschulabschluss heute kein Garant für eine Ausbildungsstelle ist, sei hier nur erwähnt. An den Hochschulen trennt sich weiter die Spreu vom

Weizen: Während fast 40 Prozent der Deutschen ohne Migrationshintergrund einen Universitätsabschluss erreichen, sind dies unter den Migrantinnen und Migranten nur knapp 19 Prozent. Die jungen Männer sind dabei noch weniger erfolgreich als die Frauen. Studien zufolge haben Migrantenkinder im deutschen Bildungssystem das Nachsehen, und deshalb bedarf es an dieser Stelle besonderen bürgerschaftlichen Engagements.

Nationale Integrationspläne und Absichtserklärungen der Bundes- und Landesregierungen sind nicht falsch. Sie können Anstöße geben und Rahmenbedingungen diskutieren. **Integration findet jedoch hauptsächlich vor Ort statt.** Bürgerschaftliches Engagement ergänzt hier staatliches Handeln, ersetzt es aber nicht. Wenn der Staat seine Hausaufgaben macht, fällt Engagement jedoch leichter – auch indem staatliche Behörden zum Beispiel auf gelungenes bürgerschaftliches Engagement aufmerksam machen. Ein solch erfolgreiches Beispiel ist die Arbeit spanischer Elternvereine. 70 Prozent aller Migrantenkinder aus Spanien schaffen mindestens die Fachoberschulreife – damit haben sie die beste Bildungsbilanz aller Migrantengruppen in Deutschland. Der Grund hierfür liegt in der guten lokalen bürgerschaftlichen Arbeit der spanischen Elternvereine, die schon seit den siebziger Jahren aktiv sind. Die spanischen Elternvereine haben damit bereits zu Beginn der Arbeitsmigration die positiven Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements genutzt. Es ist vor allem dieser Zeitvorsprung, der zum Erfolg der spanischen Elternvereine und zur gelungenen Integration dieser Migrantengruppe beigetragen hat.

Das sei hier deutlich gesagt: Der Erfolg liegt nicht etwa an „kulturellen Vorteilen“ der Spanier gegenüber anderen Nationalitäten, denn die Gruppe italienischer Einwanderer hat – obwohl

sie ohne Bedenken kulturell mit den Spaniern zu vergleichen sind – im Gegensatz zu ihnen mitunter erhebliche Integrations- und Bildungsprobleme.

Das Ziel von Integration ist, Freiheit zur eigenständigen und selbstbestimmten Entfaltung zu ermöglichen. Deshalb ist die Anerkennung der kulturellen Eigenheiten von besonderer Bedeutung. Sie ist nicht nur Grundlage für die Lebenserfahrung der Migrantinnen und Migranten, sondern auch entscheidend für ihr Selbstwertgefühl. Die vielfältigen kulturellen Erfahrungen bereichern zudem unsere Gesellschaft, wenn es auch mal Reibungen gibt. Integration ist aber nur realistisch, wenn nicht über die Köpfe der

Menschen mit Migrationshintergrund gesprochen und entschieden wird, sondern wenn Politik gemeinsam gestaltet wird. Das ist keine Platitüde, sondern unabdingbare Voraussetzung, weil gemeinsames Handeln dokumentiert, dass Mehrheitsgesellschaft und Migranten zum gleichberechtigten Zusammenleben bereit sind. Leider sind noch immer Teile unserer Bevölkerung von der demokratischen Gestaltung unseres Gemeinwesens ausgeschlossen. Ein „Gefühl“ von Anerkennung und Partizipation kann aber erst entstehen, wenn es auch ein Fundament an gesellschaftlichen Realitäten gibt. Dazu gehört neben dem kommunalen Wahlrecht auch die gesamte Palette bürgerschaftlichen Engagements.

Bürgerschaftliches Engagement von Migranten und für Migranten

Ohne den solidarischen Einsatz von Ehrenamtlichen in den Kirchen, Verbänden, Vereinen und Initiativen hätte unsere weitgehend anonyme Gesellschaft ein unmenschlicheres Gesicht. Speziell der Bereich Integration ist auf bürgerschaftliches Engagement angewiesen, nicht nur auf Grund der angespannten Finanzlage der öffentlichen Haushalte, das wäre ein zu billiger Grund. Nein, Integration kann nur gelingen, wenn Zuwanderer Akzeptanz finden; wenn sich Neuankömmlinge recht bald zurechtfinden; und wenn sie sich wohl und willkommen fühlen. Ehrenamtliche übernehmen vielerorts Patenschaften für Neubürger, helfen ihnen in schulischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Dingen. Migrantinnen und Migranten, die schon längere Zeit in Deutschland leben, können ihre Kenntnisse über Land und Leute, Sprach- und Mentalitätswissen über die Deutschen an Neuankömmlinge weitergeben. Diese Modellprojekte funktionieren, wie die Praxis schon seit einiger Zeit zeigt. Es gibt auch eine Art „Eingliederungsverträge“, mit denen freiwillige Integrationslotsen Einwanderern bei den ersten Schritten helfen.

Die Evaluierung dieser Projekte hat ergeben, dass Zuwanderer, die einen solchen „Vertrag“ abgeschlossen haben und bei der Durchführung entsprechend unterstützt werden, größere Fortschritte zeigen als eine Vergleichsgruppe von Zuwanderern, denen nicht geholfen wird. Schließlich sind auch alle Migrantinnen und Migranten, die schon längere Zeit hier leben, aufgerufen, ihre Kenntnisse über Mentalität und Sprache mit Neuankömmlingen zu teilen. Wohl gemerkt: „aufgerufen“ bedeutet, dass es weder Zwang noch moralischen Druck geben darf, sich zu engagieren. Wir benötigen vielmehr ein Klima der Solidarität, in dem es für viele Menschen selbstverständlich wird zu helfen, weil ihre Hilfe von der Gesellschaft und Politik goutiert wird und letztlich auch ihnen selbst zugute kommt.

Bei allem Respekt für die Leistungen unserer staatlichen Institutionen: **Ohne Bürgerschaftliches Engagement würde es um Integration in Deutschland wesentlich schlechter stehen.** Gerade in Zeiten, in denen besonders auf der national-medialen Ebene die Zuwanderer aus mus-

limischen Ländern mit Urteilen und Vorurteilen betreffend einer angeblich undemokratischen Gesinnung zu kämpfen haben, zeigt sich, wie wichtig der lokale Austausch vor Ort ist. Wer die Zeitung aufschlägt oder Onlineportale durchforstet, findet Meldungen über Terrornetzwerke neben Nachrichten über Integration in Deutschland. Wen wundert es, dass der Laie mittlerweile größte Probleme hat, überhaupt noch zu differenzieren? Integration vor Ort tritt dieser bedenklichen Entwicklung entschieden entgegen, denn **nur über den nachbarschaftlichen Austausch zwischen Zuwanderern und Einheimischen werden Vorurteile als solche entlarvt und Gemeinsamkeiten entdeckt.**

Ein besonderes Lehrstück dieser Art ist der geplante Bau einer Moschee in Ehrenfeld, einem Stadtteil meiner Kölner Heimat. Um diese kommunale „Lappalie“, um die sich normalerweise nur die Anwohner kümmern, ist eine deutschlandweite Kontroverse entbrannt, die weit über das vernünftige Maß hinausgeht. Allen Versuchen von einigen Seiten zum Trotz, die Moschee auf der großen politischen Bühne zum Kampfsymbol für schleichende Islamisierung zu instrumentalisieren, sind die meisten Anwohner Ehrenfelds wesentlich weiter: Sie begrüßen, dass ihre türkischen Nachbarn aus den Hinterhöfen herauskommen und ein repräsentatives Gotteshaus bauen möchten, dass ihrer Zahl genügt. Dieses Verständnis ist kein Verdienst der „großen Politik“, sondern der lokalen Stadtteilarbeit verschiedener Vereine und der Kirchen.

Über das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen wissen wir bisher noch relativ wenig. Eins aber sagen uns alle vorhandenen Studien: es steckt ein erhebliches Entwicklungspotential in diesem Bereich. ⁴ Laut einer Studie

über türkische Einwanderer⁵ sind Migrantinnen und Migranten der ersten Generation eher in Kulturvereinen aktiv. In der zweiten Generation verstärkt sich ihr Anteil in deutschen Vereinen. Die meisten türkischstämmigen Migranten engagieren sich im Bereich Religion (29 Prozent). Unmittelbar darauf folgen Sport und Geselligkeit/Kultur. Das unmittelbare eigene Wohn- und Arbeitsumfeld (Schule, Kindergarten und Gewerkschaften) ist ebenso wichtig.

In den klassischen deutschen Bereichen bürgerschaftlichen Engagements sind sie jedoch völlig unterrepräsentiert: bei der Freiwilligen Feuerwehr ebenso wie bei Bürgerinitiativen, Umwelt- und Tierschutzgruppen. Auch im Gesundheits-, Unfall- und Rettungsdienst sind Zuwanderer selten anzutreffen, dabei könnten sie gerade dort wichtige Dienste leisten. Studien zeigen, dass die oft konservativen Verbandsstrukturen auf den genannten Feldern für Einwanderer wenig attraktiv erscheinen, nicht zuletzt herrscht auch der Eindruck, nicht erwünscht zu sein. Die Bereitschaft, auf Migrantinnen und Migranten zuzugehen, für ihr Engagement zu werben, aber auch Probleme, wie etwa mangelnde Sprachkenntnisse, anzusprechen, ist kein Selbstläufer. **Es bedarf engagierter Freiwilliger, die ihre Vereine und Initiativen öffnen, Broschüren auch für Nicht-Muttersprachler verständlich schreiben oder gar übersetzen, und in den Reihen ihrer Mitglieder offensiv für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund eintreten.** Auf jeden Fall lohnt es sich: Derzeit gibt es eine Medienkampagne, die den Öffentlichen Dienst, beispielsweise die Polizei, für Migranten offensiv bewirbt: Ist es nicht wichtig, dass bei unseren Diensten ein Quer-

⁴ Vgl. z.B. Dirk Halm/Martina Sauer: Freiwilliges Engagement von Türiinnen und Türiken in Deutschland, in:

Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 11/2004, S 416-424.

⁵ Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2000.

schnitt der Bevölkerung arbeitet? Frauen und Männer, Jüngere und Ältere, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund? Ähnliches gilt für das Bürgerschaftliche Engagement, das nur sozialer Kitt sein kann, wenn ein Querschnitt der Bevölkerung an ihm aktiv beteiligt ist.

Eine Untersuchung gibt zudem Hinweise darauf, dass speziell bei den weiblichen Zugewanderten ein noch größeres Potential Bürgerschaftlichen Engagements besteht als bei den männlichen: So sind 53 Prozent der engagierten türkischstämmigen Frauen sicher und 22 Prozent vielleicht bereit, ihr Engagement auszubauen (Männer 43 und 23 Prozent). Auch bekundet immerhin die Hälfte (50 Prozent) der nicht aktiven Frauen ihre Bereitschaft, freiwillige Aufgaben zu übernehmen (Männer 45 Prozent). Insgesamt sind dieser Studie nach derzeit 7,1 Prozent der türkischstämmigen Frauen und 12,2 Prozent der Männer engagiert. Hier besteht also erhebliches Entwicklungspotential: Zunächst ist der Kern Bürgerschaftlichen Engagements das subjektiv erlebte Empfinden, dazuzugehören und etwas sichtbar bewirken zu können. Wenn die autoch-

thone Gesellschaft die Migrantinnen und Migranten nicht als Teil ihrer Gesellschaft begreift, werden diese sich tendenziell ins eigene Schneckenhäuschen zurückziehen und in eigenethnischen Kreisen verbleiben. Die Zugewanderten sollen die Chance haben, sich zu beteiligen. Dann wird der Kreis derer, die aktiv im Bürgerschaftlichen Engagement arbeiten, ausgeweitet, daran habe ich keinen Zweifel.

Ein großes Hemmnis hierfür steckt sicherlich in dem pauschalen Schubladendenken: Wenn die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung immer wieder von 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund spricht, deren „Potential wir fördern und entwickeln müssen“, stellt sie Gleichung „Migrationshintergrund gleich hilfsbedürftig“ auf. Die Botschaft lautet überspitzt: Alle Migrantinnen und Migranten sind im Prinzip gleich und problembeladen. Sie sprechen alle kein Deutsch, sind alle gleich ungebildet und ein Fall für die Sozialarbeit. Damit weckt man mit Sicherheit auch kein Interesse bei engagierten Deutschen, für Migranten zu werben.

Migrantenorganisationen: Symptome einer „Parallelgesellschaft“?

Ein großer Anteil von Migrantinnen und Migranten engagiert sich in Migrantenorganisationen, beispielsweise einem türkischen, italienischen oder griechischen Kulturverein. Ihr Beitrag zur Integration ist leider jedoch wenig bekannt, und auch die Forschung tut sich schwer damit, ein genaueres Bild zu erarbeiten. Nur die Medien und die öffentliche Diskussion beschäftigen sich mit diesen Vereinen, was allerdings oft zu vorschnellen Urteilen führt: „Parallelgesellschaft“ ist das Stichwort, mit dem gemeint sein soll, dass sich Migrantinnen und Migranten in eigenethnische Subsysteme der Gesellschaft zurückziehen und an der Mehrheitsgesellschaft „vorbei leben“.

Nun, mein Eindruck ist, dass eigene Organisationsformen im Aufnahmeland mitnichten automatisch ein Ausdruck von Separierung sind. **Migrantenorganisationen sind per se weder „gut“ noch „schlecht“ - ähnlich wie Vereine der deutschen Mehrheitsgesellschaft.** Viele von ihnen leisten hervorragende Integrationsarbeit vor Ort, helfen Kindern und Jugendlichen in den Schulen, unterstützen bei Behördengängen und geben Neuankömmlingen Starthilfe für die ersten Schritte in neuem Land. Sicher gibt es auch Vereine, die eher der Abschottung dienen. An systematischem Wissen über Migrantenorganisationen fehlt es uns bisher allerdings gänz-

lich. Und daher verwundert es kaum, wenn sie nur in Ausnahmefällen durch öffentliche Mittel unterstützt oder Träger von zuwendungsfähigen Projekten werden. Bislang fehlt es auch an Kriterien, die festsetzen, unter welchen Bedingungen Migrantenorganisationen gefördert werden. Daher ist es nun an der Zeit, dass der Bund sich bei der Erforschung dieses Themenfeldes engagiert, das fortlaufende Gespräch mit ihnen sucht und sie in Förderprogramme miteinbezieht.

Bürgerschaftliches Engagement als Form der Selbsthilfe ist gerade bei Migrantinnen und Migranten weit verbreitet und in familiäre Netzwerke integriert. So können sie alltägliche Hürden besser bewältigen, und, das versteht sich von selbst, sie bilden wertvolles soziales Kapital, soziale Kompetenzen werden trainiert, sie artikulieren ihre Minderheiteninteressen und mobilisieren Aktivitäten. Um noch mal auf das Beispiel der geplanten Moschee in Köln-Ehrenfeld zurückzukommen: Die Tatsache, dass fast jeder Moscheebau in Deutschland derzeit eine Kontroverse nach sich zieht, verdeutlicht

den Trend, dass sich die Mehrheit der muslimischen Einwanderer hier zu Hause fühlt und den Weg in die Gesellschaft findet. Warum sonst sollten sie den Wunsch hegen, sich nicht mehr in Hinterhöfen und Garagen verstecken zu müssen? Statt eigenethnische Kultur- und Moscheevereine von vorneherein als „Gefahr einer schleichenden Islamisierung“ oder „Parallelgesellschaft“ abzutun, muss das Engagement von Migrantinnen und Migranten, auch innerhalb ihrer eigenen Strukturen, stärker als Potential erkannt und genutzt werden. Wenn es Kritik gibt, zum Beispiel an einem spezifischen Moscheeverein, so sollte diese im Einzelfall angebracht, nicht aber pauschal geäußert werden. Allgemein gilt: Die öffentliche Zuwendung – finanzieller wie auch medialer Aufmerksamkeit – sollte sich mehr als bisher bemühen, das Integrationspotential von Migrantenorganisationen zu nutzen. Es ist daher unbedingt nötig, Projekte, wie „Dialog der Kulturen“, „Dialog der Religionen“ und Netzwerkbildung mit Kirchen und Religionsgemeinschaften zu fördern.

Politische Mitbestimmung und Bürgerschaftliches Engagement gehen Hand in Hand

Integration funktioniert nur, wenn alle Bevölkerungsgruppen aktiv mitarbeiten. Aufgabe des Bürgerschaftlichen Engagements ist dabei, auf Beteiligungsmöglichkeiten in der Gesellschaft und der Politik hinzuweisen und Raum für Partizipation zu bieten. Meiner Erfahrung nach gibt es sowohl im Angebot als auch in der Nachfrage erhebliche Defizite: Selbst wenn es politische Beteiligungsmöglichkeiten gibt, nutzen sie Migrantinnen und Migranten leider zu wenig. Ein Beispiel ist die mangelnde Wahlbeteiligung von Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union bei den deutschen Kommunalwahlen und der Wahl des Europäischen Parlaments. Obwohl

1994 das kommunale Wahlrecht für Unionsbürger eingeführt wurde, beteiligen sich daran lediglich im Durchschnitt 15 bis 30 Prozent, bei der Wahl zum Europäischen Parlament noch weniger (im Einführungsjahr 1994 nur 6,1 Prozent).

Offensichtlich ist die Situation etwas verfahren: Die Beteiligungsmöglichkeiten für Ausländer werden nur zögerlich und langsam ausgebaut, wenn sie aber eingerichtet sind, nur unzureichend genutzt – was wiederum den Druck auf die Politik, neue Partizipationsmöglichkeiten zu ermöglichen, nicht gerade erhöht. Dabei sollte

die Bundesregierung dringend die Einführung des kommunalen Wahlrechts auch für Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Staaten prüfen: Mit welcher Begründung ist es denn vertretbar, dass der rumänische oder griechische Zuwanderer sein Kreuz bei der Kommunalwahl machen darf, sein albanischer oder türkischer Nachbar jedoch nicht? Das Interesse am eigenen Wohnumfeld wird steigen, wenn man mitbestimmen darf. Insbesondere auf kommunaler Ebene eröffnen sich große Chancen für die Partizipation von Migranten, vor Ort ist eine Beteiligung aller Bewohner an lokalen Entwicklungsprozessen umso nötiger. Diese Teilhabemöglichkeiten sollten nicht nur im Bereich bürgerschaftliches Engagement bestehen, sondern auch einen realen Niederschlag in politischen Wahlrechten finden: Diejenigen Zuwanderer, die mindestens seit fünf Jahren in Deutschland leben und hier ihren rechtmäßigen Aufenthaltstitel haben, sollten das kommunale Wahlrecht erhalten. Erst wenn auch die politischen Rechte gewahrt sind, werden sich Migrantinnen und Migranten stärker als bisher bürgerschaftlich engagieren.

Als nächstes muss gewährleistet sein, dass Zuwanderer in den vom Bund geförderten Infra-

struktur- und Netzwerkprojekten und Ausschreibungen angemessen beteiligt werden. Ich wünsche mir mehr Migranten als Experten in den Fachbeiräten und Kuratorien; Kommunen, Parteien und die Landeszentralen für politische Bildung müssen gemeinsam aktiv werden, um Migrantinnen und Migranten stärker für kommunale Politik zu interessieren und ihnen ihre Beteiligungsmöglichkeiten bewusst machen. Ein positives Beispiel, das den sozialen und kulturellen Zusammenhalt fördert und Ausgrenzungen entgegen wirkt, ist das von der SPD in Bund und Ländern initiierte Programm „Soziale Stadt“: Es unterstützt stadtteilspezifische Projekte, die die Wohn- und Lebensbedingungen in den sogenannten „Brennpunkten“ verbessern, das Gemeinschaftsgefühl fördern und die Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil stärken. Diese Projekte sind ideal, um auch Migrantinnen und Migranten in die aktive Gestaltung ihrer Wohnumgebung einzubinden und müssen deshalb ausgebaut werden. Nur die Identifikation mit dem eigenen Land und der eigenen Wohnumgebung ist ein Anreiz, sich bürgerschaftlich zu engagieren.

Bildung stärkt Bürgerschaftliches Engagement

Neben mangelnder Information über Beteiligungsmöglichkeiten stellt für Zuwanderer oft die fremde Sprache eine ernste Hürde dar, um sich in einem Verein oder einer Initiative zu engagieren. Schulbildung und **Spracherwerb** sind günstigere Voraussetzungen für Bürgerschaftliches Engagement. Zumindest über türkische Einwanderer gibt es Studien, die das belegen: Längere Aufenthaltsdauer und höhere Bildung begünstigen eine aktive gesellschaftliche Beteiligung. Freiwilliges Engagement und Beteiligung werden durch bessere Bildungs- Berufs- und Fi-

nanzbedingungen eindeutig gefördert. Die Schule muss dafür sorgen, dass die deutsche Sprache beherrscht wird. Zudem könnte Bürgerschaftliches Engagement fest in den Lehrplan integriert werden, so dass Kinder mit Migrationshintergrund stärker für Vereins- und Schulprojekte gewonnen werden können – und nicht zuletzt ihre Eltern auch mitziehen. Interkulturell geschultes Lehrpersonal, das eine zweite Muttersprache, wie Arabisch, Russisch oder Türkisch beherrscht, würde ebenfalls helfen, unnötige Hürden einzureißen. Ergänzend können Jugendfreiwilligen-

dienste ihre Angebote gezielt auf die Bedürfnisse von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausrichten, beispielsweise beim Nachholen von Schulabschlüssen.

Nun bringt der **demografische Wandel** nicht nur Probleme mit sich, wie eine verbreitete Meinung suggeriert: **Die älter werdende Gesellschaft bietet die Chance für eine gestärkte Bürgergesellschaft, denn bei den aktiven Älteren steigt die Bereitschaft zum Engagement. Es ist die Aufgabe der Politik in Zusammenarbeit mit der Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen, dieses Potential durch entsprechende Rahmenbedingungen und Angebote zu mobilisieren.** Beispielsweise bedarf es mehr Sprachkursangebote für die ältere Generation. Was wir idealerweise anstreben, ist doch eine Bürgergesellschaft, die den Dialog über die Generationen hinweg pflegt. Generationsübergreifende Freiwilligendienste sind daher besonders zu fördern. Ich wünsche mir ein besonderes Augenmerk auf die Einbin-

dung älterer Migrantinnen und Migranten, die bisher zu wenig in deutschen Engagementstrukturen vertreten sind.

Bürgerschaftliches Engagement ist vor diesem Hintergrund vielfältig, aber noch nicht vielfältig genug: Deshalb ist es notwendig, **spezielle Formen von Anerkennung und Ehrung** zu schaffen, die den verschiedenen Gruppen, wie Jugendliche, Senioren, Arbeitnehmerinnen und Migranten, gerecht werden: **traditionelle Ehrungen und Auszeichnungen, Fort- und Weiterbildung, Bündelung von geldwerten Anerkennungsformen in Engagementpässen oder Landesnachweisen, Freistellungsregelungen in Betrieben, Angebote zur Mitbestimmung und Mitgestaltung in Verbänden und Vereinen sowie die verstärkte Aufwertung durch Medienberichterstattung und Informationskampagnen. Das wichtigste ist das subjektiv erlebte Empfinden, dass das Engagement von der Mehrheitsgesellschaft anerkannt wird.**

Vor der eigenen Türe kehren: Testfall Partei

Entscheidend für die Glaubwürdigkeit politischer Funktionsträger ist vor allem die Wirklichkeit: der Zusammenhang zwischen dem gesprochenen Wort und der eigenen politischen Praxis. Kurzum, Vertrauen. Offensichtlich hat es in der Vergangenheit bei allen politischen Parteien das Versäumnis gegeben, nicht genug für das Engagement von Zuwanderern zu werben. Auch die SPD hat in diesem Punkt Nachholbedarf: Umso mehr muss die Partei den Kontakt zu den unterschiedlichen Migrantengruppen intensivieren und pflegen. Zu den Gruppen mit politischer Nähe zu den Positionen der Sozialdemokraten sollte ein regelmäßiger Dialog geführt werden und eine regelmäßige Zusammenarbeit stattfinden. Gemeinsame Treffen mit Multiplikatoren wären wünschenswert, Vertreter der

Partei sollten Veranstaltungen von Migranteneinigungen besuchen, so dass ein dichtes Netz an Kontakten gewebt wird. Dazu sollte man auch in Erwägung ziehen, mit interessierten Mitbürgern ausländischer Provenienz, die (noch) nicht zur Partei gehören, in die Diskussion einzusteigen: Themengruppen, Diskusstreffen und Arbeitskreise sind ein geeigneter Rahmen. Für die Integration ein Credo, das auch für andere Bereiche gilt: Durch konkrete Themenfelder finden Migrantinnen und Migranten wie auch andere politisch Interessierte leichter den Zugang zur Partei – bei Interesse können sie dann der Partei beitreten. Auch mit Gruppen ohne politische Nähe zur SPD sollte ein Dialog geführt werden, sofern sie den demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Die Keimzellen sind und bleiben der Ortsverein und der Unterbezirk, das zentrale Politikfeld dort ist die Kommunalpolitik. Dort liegt auch der Schwerpunkt der möglichen Beteiligungsfelder von Migranten, zugleich ist die kommunale Ebene Startpunkt für all diejenigen, die in die Landes- und Bundespolitik streben. Ein wichtiger Multiplikator sind dabei die kommunalen Migrantenvertretungen und ihre Landesarbeitsgemeinschaften. Durch das interkommunale Netzwerk soll forciert werden, dass die entsprechenden Kernpunkte eines integrationspolitischen Programms, sofern noch nicht geschehen, Eingang in die Wahlprogramme der Partei finden. Den Migrantinnen und Migranten ist nicht geholfen, wenn die Partei nur etwas *für* sie tut und *über* sie spricht; sie sollen stattdessen die Möglichkeit haben, am Parteileben gleichberechtigt mitzuarbeiten. Auch hier

gilt: Sonntagsreden und gute Absichten sind nicht genug, sondern der politische Wille zur Integration muss sich auch beispielsweise bei der Aufstellung zur Wahl von Mandatsträgern und Parteifunktionären deutlich niederschlagen.

Zur Autorin

Dr. Lale Akgün, Jahrgang 1953, ist Diplom-Psychologin und approbierte Psychotherapeutin. Sie hat von 1981 bis 1997 als Psychologin in der Kölner Familienberatung gearbeitet. Von 1997 bis 2002 leitete sie das Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen in Solingen. Seit 2002 ist Lale Akgün Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie ist Mitglied des Europaausschusses, Islambeauftragte sowie stellvertretende migrationspolitische Sprecherin der SPD- Bundestagsfraktion.

Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Förderung der Bürgergesellschaft ist ein zentrales Thema der aktuellen Reformdebatte. Der Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ (www.fes.de/buergergesellschaft) will in diesem Diskurs ein Forum sein, das reformpolitisch relevante Themenstellungen aufgreift, analysiert und in der politischen Debatte Stellung bezieht. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, ein Netzwerk für die politische Beratung institutioneller Reformpolitik aufzubauen und dessen Überlegungen der Politik vorzustellen. Der Arbeitskreis versteht sich insofern als kritischer Impulsgeber für die öffentliche Reformdebatte. Er wird gefördert von der Erich-Brost-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Anlass und Ausgangspunkt bildet das Interesse, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und des darin liegenden Demokratisierungspotentials einerseits und die Staatsmodernisierung in Kategorien des aktivierenden Staates andererseits zusammenzubringen. Das Augenmerk des Arbeitskreises gilt in erster Linie der Stärkung der Bürgergesellschaft und entsprechender Partizipationschancen: Diese Perspektive bestimmt die zu formulierenden Modernisierungsanforderungen an staatliche Instanzen und Akteure.

Die persönlich eingeladenen Mitglieder des Arbeitskreises reflektieren den interdisziplinären Arbeitsansatz von Akteuren aus Politik, Wissenschaft, Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wirtschaft und Medien mit ihrer je spezifischen Perspektive. Der Arbeitskreis konkretisiert seine Ziele in Analysen und Gutachten, Fachgesprächen, Workshops und öffentlichen Veranstaltungen. Vor allem aber ist er ein Netzwerk, genauer, ein Vernetzungsangebot, mit dem der Arbeitskreis selbst „Gelegenheitsstrukturen“ schaffen will.

Dr. Michael Bürsch, MdB

Leiter des Arbeitskreises

Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat

Publikationen des Arbeitskreises Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat

Analyse-Reihe „betrifft: Bürgergesellschaft“

- 29/ **Integration und sozialer Zusammenhalt in der Bürgergesellschaft**, Lale Akgün
- 28/ **Die Bürgergesellschaft – ein blinder Fleck der Betriebswirtschaftslehre?**, Berit Sandberg
- 27/ **Familien und bürgerschaftliches Engagement**, Gisela Notz
- 26/ **Genderbudgeting in der Bürgergesellschaft**, Christine Färber
- 25/ **Baustelle Gemeinnützigkeit. Zur aktuellen Diskussion über Änderungen der gesetzlichen Regelungen im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht**, Michael Ernst-Pörksen
- 24/ **Advokatorische Think Tanks und die Politisierung des Marktplatzes der Ideen**, Rudolf Speth
- 23/ **Zukunft gestalten – Strukturwandel in der Arbeiterwohlfahrt. Verbandsentwicklung und bürgerschaftliches Engagement**, Wilhelm Schmidt
- 22/ **Die Planungszelle. Zur Praxis der Bürgerbeteiligung**, Peter C. Dienel. Spanische Version: **Los núcleos de intervención participativa, Sobre la puesta en práctica de la participación ciudadana**,
http://www.nuso.org/upload/fes_pub/dienel.pdf
- 21/ **Das soziale Engagement der Unternehmen im Handwerk**, Otto Kentzler
- 20/ **Bürgerschaftliches Engagement und die Zukunft der Wohlfahrtsverbände**, Rudolf Seiters
- 19/ **Die soziale Bedingtheit bürgerschaftlicher Teilhabe**, Barbara Stolterfoht
- 18/ **Corporate Social Responsibility. Das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen**, Dieter Hundt
- 17/ **Das Dilemma von Tugend und Freiheit. Die Notwendigkeit von Eigenverantwortung in einer funktionierenden Bürgergesellschaft**, Herfried Münkler und Anna Loll
- 16/ **Auf dem Weg zur Bürgerkommune. Bürgerschaftliches Engagement in Heidelberg**, Beate Weber
- 15/ **Sport: Schlüsselbereich bürgerschaftlichen Engagements**, Manfred von Richthofen, Michael Barthel und Manfred Spangenberg
- 14/ **Geschäftsstrategie Verantwortung – Der Business Case im Corporate Citizenship**, Susanne Lang und Frank Solms Nebelung. Englische Version: **Responsibility as a Business Strategy – the Business Case in Corporate Citizenship**. Spanische Version: **La responsabilidad social como estrategia de negocios**,
http://www.nuso.org/upload/fes_pub/lang.pdf
- 13/ **Wer braucht eigentlich die Bürgergesellschaft? Und wen braucht sie?**, Wolfgang Hinte
- 12/ **Der deutsche Weg zum bürgerschaftlichen Engagement von Unternehmen. Thesen zu Corporate Citizenship in Deutschland**, Frank Heuberger, Maria Oppen, Sabine Reimer
- 11/ **(K)ein Pflichtjahr für junge Menschen? Zur Konjunktur eines Irrtums**, Anton Schaaf, MdB, und Andrea Franz
- 10/ **Gemeinwohlorientierung als Bürgerpflicht – Das Engagement der Sparkassen für die Menschen und die Regionen**, Dietrich H. Hoppenstedt
- 09/ **Soziale Voraussetzungen der Bürgergesellschaft**, Michael Sommer
- 08/ **Bürgerengagement in der Aussiedler- und Integrationspolitik**, Jochen Welt, MdB
- 07/ **Bürgerschaftliches Engagement der Unternehmen – seit langem gepflegt, nötiger denn je**, Michael Rogowski
- 06/ **Umriss einer neuen Sozialpolitik – Eigenverantwortung und Solidarität als Bildungsauftrag der Bürgergesellschaft und des Bürgerengagements**, Konrad Hummel
- 05/ **Bürgerschaftliches Engagement in der europäischen Zivilgesellschaft**, Wolfgang Thierse, MdB
- 04/ **Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen – Erfahrungen aus Ostdeutschland**, Alexander Thumfart

-
- 03/ **Bürgerschaftliches Engagement unter den Bedingungen der Globalisierung**, Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB
- 02/ **Bürgerschaftliches Engagement gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit - Chancen und Handlungsmöglichkeiten**, Achim Trube
- 01/ **Leitbild Lebendige Bürgergesellschaft - Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft**, Michael Bürsch, MdB. Englische Version: **Towards a New Social Contract - Civil Society, Civic Engagement and Participation**. Spanische Version: **La visión estratégica de la sociedad de ciudadanos**, http://www.nuso.org/upload/fes_pub/bursch.pdf